



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Abteilung Recht
Rudolfsplatz 13A
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
wien.arbeiterkammer.at
DVR 0063673
ERREICHBAR MIT DER LINIE D

Ihr	Zeichensymbol	Bearbeiter/in	Tel	Fax	Datum
-	WP-GSt/He/Ni	Dorothea Herzele	DW 12263	DW 412263	20.11.2017

Verordnung des Vorstands der E-Control über die nähere Regelung der Datenerhebung zur Wahrnehmung der in § 88 Abs. 1 EIWOG 2010 genannten Aufgaben durch die Landesregierungen und zur Erfüllung der Aufgaben der Regulierungsbehörde (Elektrizitäts-Monitoring-Verordnung – EMo-V)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des im Betreff genannten Verordnungsentwurfs.

Diese Verordnung regelt die Daten, die die Regulierungsbehörde zur Überwachung des Strommarktes von den Verteilnetzbetreibern und Lieferanten benötigt. Bisher wurden diese Informationen von den Meldepflichtigen sowohl an die Landesregierungen als auch an die Regulierungsbehörden gemeldet. Durch die „kleine Ökostromnovelle“ wurde diese Aufgabe der Regulierungsbehörde übertragen. Die gegenständliche Verordnung, die diese Erhebung spezifiziert, entspricht dem Inhalt nach im Wesentlichen der bisherigen Datenerhebung.

Aus Sicht der BAK bestehen gegen den gegenständlichen Verordnungsentwurf keine grundsätzlichen Einwendungen. Angeregt wird eine Erhebung zusätzlicher Daten zur Verbesserung der Analysemöglichkeiten im Bereich der Energiearmut. Konkret sollten bei der Erfassung der Anzahl der Stromabschaltungen gemäß § 2 Abs. 1 Z 3 auch jene Abschaltungen erfasst werden, die aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten erfolgen und Abschaltungen von KundInnen, die sich auf die Grundversorgung gemäß § 77 Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010 (EIWOG 2010) berufen. Weiters sollte die Erfassung der Anzahl der installierten Messgeräte mit Prepayment-Zählung gemäß § 2 Abs. 4 Z 2 nicht nur getrennt nach Verbraucherkategorien (Haushalte und Nicht-Haushalte) erfolgen, sondern es sollte auch erhoben werden, ob der Prepayment-Zähler im Rahmen der Grundversorgung installiert wurde.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der vorgeschlagenen Ergänzungen.

Rudi Kaske
Präsident
f.d.R.d.A.

Maria Kubitschek
i.V. des Direktors
f.d.R.d.A.